

Merkblatt Meldung von Verletzungen der Datensicherheit gem. Art. 35 IDAG sowie Art. 26 VIDAG

1. Einleitendes

Dieses Merkblatt richtet sich an die verantwortlichen öffentlichen Organe, denen eine Verletzung der Datensicherheit bekannt bzw. mitgeteilt wird. Eine Verletzung der Datensicherheit kann in vielfältiger Weise erfolgen und unterschiedlichste Ursachen haben. Eine entsprechende Verletzung erfolgt etwa dann, wenn Personendaten unbeabsichtigt oder widerrechtlich verlorengehen, gelöscht, vernichtet oder verändert werden oder Unbefugten offengelegt oder zugänglich gemacht werden. Denkbare Ursachen sind etwa erfolgte Hackerangriffe, erfolgte unberechtigte Einsichtnahme in elektronische oder physische Falldossiers, erfolgte Datenbekanntgabe an Unberechtigte oder wenn ein USB-Speicherstick, der Personendaten enthält, verloren gegangen ist. Die Ausprägungen und Ursachen der Verletzung sind nicht abschliessend benennbar, weshalb den konkreten Umständen besondere Beachtung zu schenken ist.

2. Wer muss eine Verletzung der Datensicherheit melden?

2.1. Der Auftragnehmer

Auftragnehmer, die Daten im Auftrag (Art. 27 IDAG) des öffentlichen Organs bearbeiten, haben Verletzungen der Datensicherheit dem öffentlichen Organ ausnahmslos und unverzüglich, sprich sobald sie von der Verletzung Kenntnis haben, zu melden (Art. 35 Abs. 1 IDAG). Somit besteht für das öffentliche Organ die Möglichkeit zu bestimmen, welche weiteren Handlungen hinsichtlich der Verletzung zu erfolgen haben. Erforderlich ist, dass die Auftragnehmer explizit auf ihre Meldepflicht aufmerksam gemacht werden und diese zusätzlich im Auftragsdatenbearbeitungsvertrag statuiert wird (Art. 18 Abs. 2 Bst. h. VIDAG).

2.2. Das verantwortliche öffentliche Organ

Das verantwortliche öffentliche Organ meldet der Fachstelle Datenschutz – unabhängig davon, ob es die Daten eigenständig bearbeitet oder durch einen Auftragnehmer bearbeiten lässt – eine Verletzung der Datensicherheit (Art. 35 Abs. 2 IDAG). Sofern die Verletzung voraussichtlich nicht zu einem Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der von der Verletzung betroffenen Personen führt, kann das öffentliche Organ auf eine Meldung an die Fachstelle Datenschutz verzichten (Art. 35 Abs. 3 IDAG), jedoch trägt es auch hinsichtlich diesem Entscheid die datenschutzrechtliche Verantwortung. Bestehen diesbezüglich Zweifel oder Unsicherheiten, so ist es ratsam die Fachstelle hinsichtlich dem weiteren Vorgehen zu konsultieren.

3. Wer muss nebst der Fachstelle Datenschutz auch noch informiert werden?

3.1. Meldung an die betroffene Person

Wenn es zum Schutz der betroffenen Person erforderlich ist, etwa wenn die betroffene Person noch Vorkehrungen treffen kann, um einen sie betreffenden Schaden abzuwenden, hat das verantwortliche öffentliche Organ die Person unverzüglich zu informieren (Art. 35 Abs. 4 IDAG). Sofern die Fachstelle Datenschutz es verlangt, hat das öffentliche Organ die betroffene Person ebenfalls zu informieren, und zwar unabhängig davon, ob der Schaden noch abzuwenden ist oder nicht

(Art. 35 Abs. 4 IDAG). Somit kann die betroffene Person allfällige aus dem Datenschutzrecht fließende Rechte bzw. Ansprüche nachträglich geltend machen.

3.2. Unterlassung, Einschränkung oder Aufschiebung der Meldung an die betroffene Person

Die Meldung an die betroffene Person kann unterlassen, eingeschränkt oder aufgeschoben werden, wenn überwiegende öffentliche oder private Interessen dies erfordern (Art. 35 Abs. 5 Bst. a. IDAG) oder aber sofern die Meldung an die betroffene Person unmöglich oder unverhältnismässig ist (Art. 35 Abs. 5 Bst. b. IDAG). Erscheint eine individuelle Information über Verletzungen der Datensicherheit aufgrund der Vielzahl betroffener Personen als unverhältnismässig, kann die Information durch öffentliche Bekanntmachung in geeigneter Form erfolgen (Art. 26 Abs. 1 VIDAG).

4. Wie muss über die Verletzung der Datensicherheit informiert werden?

Auf der Webseite der Fachstelle Datenschutz ist ein Formular zur Meldung von Verletzungen der Datensicherheit publiziert, welches das öffentliche Organ umgehend auszufüllen und an die Fachstelle Datenschutz und an die Hauptabteilung Informatik zu übermitteln hat. Gleichzeitig sollen die Fachstelle Datenschutz und die Hauptabteilung Informatik umgehend telefonisch kontaktiert werden, um Sofortmassnahmen mit dem verantwortlichen öffentlichen Organ eruieren und ergreifen zu können.